



NEWSLETTER

FÜR DAS MÜNSTERLAND

NEUES AUS DEM LANDTAG VON NINA ANDRIESHEN MDL
MÄRZ 11 2023 | AUSGABE 8



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

der März hat nicht nur die ersten Vorboten des Frühlings für uns parat, sondern wartete gleich mit zwei turbulenten Plenarwochen auf. Die SPD-Landtagsfraktion war dabei wieder mit vielen Anträgen vertreten, z.B. zu psychotherapeutischer Versorgung, zur Rahmetalbrücke oder zum Erhalt jüdischer Friedhöfe. Auch die Förderung von Sportstätten und die Bedeutung von Wasser haben uns ziemlich beschäftigt. Um viele interessante und wichtige Themen ging es auch im Wahlkreis: Neben Besuchen bei der Aidshilfe Westmünsterland und bei der neu renovierten Jugendherberge in Reken, durfte ich das Track in Münster besuchen, das Beratung für lesbische, schwule, bi-/pansexuelle, trans*, inter und andere queere Jugendliche und junge Erwachsene anbietet. Einen kleinen Einblick erhaltet Ihr auf den folgenden Seiten. Ich freue mich nun auf ein paar ruhigere Tage mit meiner Familie und wünsche euch allen eine schöne Osterzeit: Viel Spaß bei der Lektüre!

Eure Nina

INHALT

AUS DEM LANDTAG

- Alarmstufe Rot bei der Rahmedetalbrücke
- Jüdische Friedhöfe erhalten **Seite 02**

- Gesundheit ist auch Kopfsache
- Blick hinter die Kulissen: Die Parlamentariergruppe Japan-NRW **Seite 03**

- Und ewig droht der Erschließungsbeitrag? **Seite 04**

- Weil Sport auch Geldsache ist
- Wasser - unser wertvollstes Gut **Seite 05**

AUS DEM WAHLKREIS

- Hilfe für alle, die sie brauchen
- Zu Gast im Gästehaus **Seite 06**

- zu Besuch beim Track in Münster **Seite 07**

- Redebedarf? **Seite 08**

Impressum

Homepage: nina-andrieshen.de
Facebook: [ninaandrieshennrw](https://www.facebook.com/ninaandrieshennrw)
Instagram: [nina_andrieshen](https://www.instagram.com/nina_andrieshen)

Nina Andrieshen MdL | Franzstraße 26
46395 Bocholt | Tel. 02871/2745138



ALARMSTUFE ROT BEI DER RAHMETALBRÜCKE!

ZUM GEMEINSAMEN ANTRAG VON SPD UND FDP ZUR EINSETZUNG EINES PARLAMENTARISCHEN UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSSES „PUA BRÜCKENDESASTER UND -INFRASTRUKTURSTAU“

Seit der Vollsperrung im Dezember 2021 belastet ein enormes Verkehrschaos die Region rund um Lüdenscheid. Dauerstau, Emissionen und die Schädigung der Infrastruktur strapazieren nun schon seit über einem Jahr die Nerven von Anwohner*innen, Pendler*innen sowie der Wirtschaft und Kommunen – und das voraussichtlich noch auf lange Zeit. Warum musste es soweit kommen? Die Brückenschäden waren schon lange bekannt, doch anstatt den Neubau auf lange Sicht zu planen, wurde das Problem von der Landesregierung jahrelang einfach ignoriert. Bis heute hat sie sich, allen voran der ehemalige Verkehrsminister und nun Ministerpräsident Hendrik Wüst, mit widersprüchlichen Aussagen nicht gerade um Aufklärung bemüht. Zahlreich haben wir im Plenum und im Verkehrsausschuss verlangt, endlich Klarheit zu schaffen – leider ohne Erfolg. Das Verhalten ist nicht nur höchst fragwürdig, sondern riskiert damit auch zukünftige Ausfälle in der Verkehrsinfrastruktur NRW. Zusammen mit der FDP sind wir daher der Meinung, dass es unbedingt an der Zeit ist, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzuberufen, damit chronologisch und detailliert die Schritte aufgearbeitet werden können, die zu dem jetzigen Chaos geführt haben und wir eine derartige Situation in Zukunft verhindern können. **Den Antrag gibt es hier zum Nachlesen.**



JÜDISCHE GESCHICHTE BEWAHREN

ZUM GEMEINSAMEN ANTRAG VON SPD, FDP, CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „GESCHICHTE FÜR DIE ZUKUNFT ERHALTEN – VERANTWORTUNG FÜR DIE PFLEGE VERWAISTER JÜDISCHER FRIEDHÖFE IN NORDRHEIN-WESTFALEN WEITERHIN NACHKOMMEN“.

Jüdische Friedhöfe in NRW und ganz Deutschland erzählen von der Geschichte von Jüdinnen und Juden, die seit Jahrhunderten ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und unseres kulturellen Lebens sind. Dieser Bedeutung gerecht zu werden und die Friedhöfe als wichtige historische Zeugnisse auch für spätere Generationen zu bewahren: Das hat der gemeinsame Antrag aller demokratischen Fraktionen zum Ziel, der am zweiten Plenartag Ende März eingebracht wurde. Denn fest steht: Aus der menschenverachtenden Politik der Nationalsozialisten und den antisemitischen Hassangriffen und Zerstörungen, die bis heute jüdisches Leben bedrohen, erwächst für uns und unsere Demokratie eine besondere Verantwortung. Alle Orte jüdischen Lebens verdienen einen besonderen Schutz. Die Sicherstellung der Pflege und Instandhaltung auch der verwaisten jüdischen Friedhöfe – in NRW insgesamt eine Fläche von 785.980 qm – gehört da unbedingt hinzu. Dies wurde bereits 1957 in einer Vereinbarung von Bund und Ländern festgehalten. Allerdings wurden die zur Hälfte geteilten Kosten für die Pflege der Friedhöfe seit 2010 nicht mehr erhöht. Eine Erhöhung der Zuschüsse ist also längst überfällig, um die lange jüdische Geschichte in NRW weiter zu erinnern und zu erhalten. Wer sich den Antrag näher anschauen möchte, **findet ihn hier.**



GESUNDHEIT IST AUCH KOPFSACHE

ZU UNSEREM ANTRAG „PSYCHOTHERAPEUTISCHE VERSORGUNG IN UNTERVERSORGTE REGIONEN SICHERSTELLEN“

Es ist für die meisten keine Neuigkeit: Die Lücke zwischen dem Bedarf an Psychotherapeut*innen und der tatsächlichen Versorgung klafft weit auseinander. Mit unserem Antrag wollen wir darauf aufmerksam machen, dass es dringend an der Zeit ist, die derzeit mangelhafte Versorgung an Psychotherapeut*innen in NRW anzugehen, um effektiv Einsamkeit und seelische Erkrankungen zu bekämpfen. Wartelisten und oft fehlender Zugang sind Hürden, die für Menschen, die seelische Unterstützung brauchen, zusätzlich belastend. Die schwierigen Pandemiejahre haben nicht nur die Folgen von Einsamkeit und den Bedarf an psychotherapeutischer Hilfe verstärkt, sondern auch die Schwachstellen in der Versorgung offenbart. Zu spüren bekommen dies vor allem Kinder und Jugendliche, Menschen aus prekären Lebensverhältnissen, Migrant*innen und Geflüchtete und diejenigen, die im ländlichen Raum zuhause sind. Für uns ist klar: Allen steht das gleiche Recht auf eine qualitative Gesundheitsversorgung zu, egal welche Postleitzahl ihr Geburts- oder Wohnort hat. Eine Reformierung der psychotherapeutischen Versorgung ist dringend vonnöten! Daher fordern wir als Maßnahmen eine besondere Berücksichtigung von regionalen Besonderheiten, das Setzen von Anreizen für Niederlassungen in unterversorgten Stadtteilen und im ländlichen Raum sowie auf Bundesebene eine bessere Planung der psychotherapeutischen Bedarfsplanung. Seelische Gesundheit muss ernstgenommen werden! **Mehr Infos findet Ihr über den Link.**



BLICK HINTER DIE KULISSEN

ZUR PARLAMENTARIERGRUPPE NRW – JAPAN UND DEM EMPFANG DER JAPANISCHEN GENERALKONSULIN

In den Parlamentariergruppen des Landtags Nordrhein-Westfalen pflegen die Abgeordneten fraktionsübergreifend die internationalen Kontakte und Freundschaften des Parlaments. Hiervon gibt es insgesamt acht. Eine davon ist die Parlamentariergruppe NRW – Japan, der aktuell 30 Abgeordnete angehören. In der Landeshauptstadt - international auch als „Little Tokio am Rhein“ bekannt - findet sich nach London und Paris die drittgrößte japanische Gemeinde in Europa. In NRW leben weit über 10.000 Japanerinnen und Japaner. Etwa 650 japanische Unternehmen sind in Nordrhein-Westfalen ansässig. Durch regelmäßige Termine, Begegnungen und Gespräche mit verschiedensten Ansprechpartner:innen der japanischen Gemeinde und der Generalkonsulin Setsuko Kawahara möchten wir die Zusammenarbeit weiter intensivieren. Eine Gelegenheit bot sich z.B. im vergangenen Monat beim Empfang der Generalkonsulin anlässlich des Geburtstages des japanischen Kaisers Naruhito - in Japan ein Feiertag. Vertreter der Präfektur Fukushima berichteten mir vom Neuanfang und Wiederaufbau nach der Katastrophe. Besonders interessant: Auf vielen Flächen werden nun zur Energiegewinnung z.B. durch Windräder und Photovoltaik genutzt. Ich freue mich auf viele weitere Treffen der Parlamentariergruppe, den Austausch und sicherlich auch den ein oder anderen interessanten Blick über den „Tellerrand NRW“ in die japanische Kultur hinein. Hier **findet hier mehr Infos.**



UND EWIG DROHT DER ERSCHLIESSUNGSBEITRAG?

ZUR ROLLE RÜCKWÄRTS DER LANDESREGIERUNG BEI DEN STRASSENERSCHLIESSUNGSBEITRÄGEN

Kein Jahr ist es her, da wurde in vielen Häusern in Nordrhein-Westfalen aufgeatmet. Im April 2022 verabschiedete die damalige schwarz-gelbe Landesregierung ein Gesetz, laut dem Kommunen schneller und damit transparenter Erschließungsbeiträge abrechnen mussten. Die Beiträge werden fällig, wenn eine neue Straße gebaut wird. Anwohnerinnen und Anwohner werden zu 90% an den Kosten beteiligt. Das ist erstmal fair - denn es geht dabei um Grundstücksbesitzende, nicht um Mietparteien, und damit um die Leute, die von den Bauarbeiten Vorteile haben.

Vor der Gesetzesänderung konnten Kommunen noch mehrere Jahrzehnte nach dem Eintritt der sogenannten "Vorteilslage", also wenn die Erschließung abgeschlossen ist, Rechnungen eintreiben. Aber wann ist eine Erschließung abgeschlossen? Laut Gerichten "wenn eine dem Grundsatz nach beitragsfähige Erschließungsanlage - für den Beitragspflichtigen erkennbar - den an sie im jeweiligen Fall zu stellenden technischen Anforderungen entspricht." So klar das auf den ersten Blick klingt - wann genau das zutrifft, darüber ließ sich vortrefflich vor Gericht streiten. Nicht selten nämlich erhoben Kommunen auf einmal Erschließungsbeiträge für längst bewohnte Straßen - und trafen damit Hausbesitzer, die erst vor kurzem hergezogen waren. In einigen Fällen mussten noch D- und sogar Reichsmarkbeträge umgerechnet werden. Das Gesetz von April '22 gab Kommunen eine Frist von zehn Jahren ab Vorteilslage - oder aber

25 Jahre ab Spatenstich. Auch wir von der SPD stimmten damals zu - insbesondere weil mit der Spatenstichlösung eine klare, nachvollziehbare Grenze gezogen wurde. Und darum waren wir, wie viele Menschen in NRW, ziemlich verärgert über das, was in dieser Plenarsitzung beschlossen wurde: Mit den Stimmen von Schwarz-Grün hat die jetzige Regierung das Gesetz wieder gekippt. Statt zehn Jahren ab Vorteilslage sind es jetzt zwanzig, und - ganz besonders ärgerlich - die Spatenstichlösung ist weggefallen. Und nicht nur das: Das Ganze soll ab 2022 gelten - so als hätte es die letzte Änderung nie gegeben.

Als Begründung heißt es, das Gesetz vom April sei nicht verfassungskonform: also handwerklich schlecht gemacht. Das ist jetzt erstmal nicht ungewöhnlich bei Frau Scharrenbach. Aber in Bayern wurde die Spatenstichlösung rechtssicher verabschiedet. Es ist also möglich. Nur anstatt nachzubessern, hängen CDU und Grüne lieber wieder das Damoklesschwert über die Anwohnenden in NRW. Im Ergebnis werden wieder entlang vieler tausend Straßen Rechnungen in die Briefkästen flattern. Die Kosten liegen leicht bei mehreren zehntausend Euro - und dass das gerade in der jetzigen Zeit keine gute Entscheidung für die Menschen in NRW ist, sollte eigentlich klar sein. Nach den Straßenausbaubeiträgen, die ja auch nicht abgeschafft wurden, ist das jetzt das zweite Mal, dass die CDU A sagt, und B macht. Ich frage mich, wie oft das noch passieren wird.

WEIL SPORT AUCH GELDSACHE IST

ZUR KÜRZUNG DER FÖRDERUNGEN FÜR SPORTSTÄTTEN UND FEUERWEHRGERÄTEHÄUSER

Gerade im ländlichen Raum sind Sportvereine mehr als nur Freizeitbeschäftigung. Hier werden Freundschaften für das Leben geschlossen und die sozialen Belange des Dorfes diskutiert. Viele Anlässe wie Schützenfest und Kirmes würden ohne Sportvereine nur halb so schön sein: Ihre Mitglieder sind häufig viele der helfenden Hände, die solche Feste erst möglich machen. Darum hat es mich schon im November geärgert, dass die Förderung von Sportstätten nicht weiterführen möchte – jetzt, drei Monate später, haben wir leider traurige Gewissheit: Zumindest 2023 gibt es kein Geld vom Land für die Sportstätten unserer Vereine. Die Begründung: Es darf keine Doppelförderung geben, und man will sich auf freizugängliche Sportstätten konzentrieren. Für mich ist es allerdings keine Lösung, dann keine Förderung mehr anzubieten bzw. diese auf freizugängliche Sportstätten zu beschränken und die Vereine außen vor zu lassen. Ähnlich geärgert habe ich mich über die Förderung für Feuerwehrgerätehäuser. Auch hier trifft es besonders den ländlichen Raum – denn gerade hier ruht der Katastrophenschutz auf ehrenamtlichen Schultern. Viele Feuerwehrhäuser sind nicht mehr brandschutzsicher und sanierungsbedürftig. Der sehr beliebte Sonderauftrag wird jetzt, pünktlich nach der



Landtagswahl wieder eingestampft. Natürlich kann nicht jeder Sonderauftrag verstetigt werden, aber wenn doch ein dringender Bedarf besteht, muss gehandelt werden - gerade wenn es um die Sicherheit und den Katastrophenschutz geht! Der Hinweis von Frau Gorißen, die Kommunen seien jetzt dran, ist in Anbetracht der hohen Schuldenlage vieler kommunaler Haushalte in meinen Augen ziemlich dreist.

WASSER - UNSER WERTVOLLSTES GUT

AUFTAKTVERANSTALTUNGEN ZU UNSEREM POSITIONSPAPIER ZUM THEMA WASSER

Im Kreis Borken beschäftigen wir uns schon lange mit Wasser: Mit dem Aasee, dem dazugehörigen Fluss und dem Zwillbrocker Venn haben wir auch viele Gründe das zu tun. Wasser ist die wichtigste Ressource, die wir zum Leben haben. Und leider haben wir sie in der Vergangenheit nicht schonend genug behandelt: Viele Grundwasserspeicher füllen sich zu langsam und zu wenig wieder auf, und viele unserer Oberflächengewässer sind verschmutzt. Die Folge: Sie müssen aufwendig gereinigt werden. In Anbetracht der steigenden Temperaturen können wir uns so einen Umgang mit Wasser nicht mehr leisten. Wir müssen umdenken, und zwar an vielen Stellen: Wer hat das Recht, wie viel Wasser zu entnehmen? Wie teuer darf und muss Wasser sein? Im Bund gibt die neue Wasserstrategie Antworten auf diese und weitere Fragen. Auf Landesebene ist bisher aber leider zu wenig passiert. Darum haben wir von der SPD bei einer Auftaktveranstaltung im Landtag ein erstes Thesenpapier vorgestellt, mit der vorangestellten Frage: Wie können wir in NRW unsere Wasserversorgung sozial und ökologisch



nachhaltig aufstellen? Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, denn es wird Nutzungskonflikte geben. Die Versorgung mit Trinkwasser für alle muss absolute Priorität haben. Außerdem müssen diejenigen, die Wasser verschmutzen, auch für seine Reinigung bezahlen! Gemeinsam mit der Wasserwirtschaft, aber auch Mitgliedern von Umweltverbänden und Privatpersonen haben wir unsere ersten Lösungsvorschläge diskutiert. Das Thema Wasser kann und darf in der politischen Arbeit in den kommenden Jahren nicht fehlen!



HILFE FÜR ALLE, DIE SIE BRAUCHEN

ZU BESUCH BEI DER AIDSHILFE WESTMÜNSTERLAND

„Das Leben wird auf den Kopf gestellt, wenn man die Diagnose HIV positiv bekommt.“, so Manuela Brandt und Kai-Erik Funk von der AIDS-Hilfe Westmünsterland. Seit 1988 hilft der gemeinnützige Verein Menschen, die HIV-positiv bzw. an AIDS erkrankt sind, als Teil des Netzwerks der AIDS-Hilfe NRW. Auch wenn die Krankheit dank guter Therapieansätze etwas Schrecken verloren hat - nicht alle Menschen haben Zugang zu medizinischer Versorgung und gerade auf dem Land ist sie für viele schwer erreichbar. Das Gesundheitsamt im Kreis Borken bietet Beratung und Testung an, aber weiterbehandelnde Ärzt*innen gibt es nicht. Die Betroffenen müssen nach Münster, Essen oder in die Niederlande. Auch das leistet das Team der AIDS -Hilfe. Aber: "Der Verein steht immer kurz vor der Insolvenz" so Maik Schütz. „Zwar bekommen wir öffentliche Zuschüsse - diese reichen aber nicht aus eine Beratungsstelle mit einem umfangreichen Angebot, am Leben zu erhalten“. Gerade jetzt brauchen viele Menschen aus Krisen- und Kriegsgebieten Hilfe. Waren es mal 85 positive Menschen im Kreis, so sind es im letzten Jahr über 400 Hilfesuchende gewesen. „Das kann eine Person allein kaum leisten“ meint Manuela Brandt. „Allein die Präventionsarbeit an Schulen nimmt viel Raum und Zeit ein. Gerade da bedarf es Unterstützung für Lehrkräfte und Schüler*Innen“. Mit einer Mitarbeiterin kaum zu schaffen. Zusätzlich sind die Vorstellungen des Umgangs mit an Aids erkrankten Personen in unserem Raum sehr konservativ. Für mich steht fest, die Lesereise und Ausstellung, die die Aidshilfe zusammen mit der Volksbank Borken am 19.10.2023 anbietet, kommt direkt in meinen Kalender.



ZU GAST IM GÄSTEHAUS

EIN BESUCH BEI DER JUGENDHERBERGE IN REKEN

Eisenbetten, Hagebuttentee aus Metallkannen, kalte Waschräume und der Geruch nach Bohnerwachs: Die Zeiten sind vorbei! Bei meinem Besuch in der Jugendherberge in Reken erwarteten mich stattdessen helle und freundliche Räume, ein weitläufiges Abenteuergelände und leckeres Essen. Beim Frühstücksbuffet und den warmen Gerichten mittags und abends ist auch etwas für Vegetarier*innen und Dessertliebhaber*innen dabei. Die Jugendherberge setzt dabei auf Nachhaltigkeit: Plastikverpackung findet man hier also vergeblich, alle Nahrungsmittel kommen aus der Region und damit frisch auf den Tisch. Gerne habe ich die Einladung zum Mittagessen angenommen! Das Team um die Hausleiterin Hildegard Hövel hat die Pandemie gut genutzt, um die Jugendherberge im neuen Glanz erstrahlen zu lassen. Man merkt dem ganzen Team das Engagement an: Frau Hövel, Maïke Braun, Pressesprecherin vom DJH-Landesverband Westfalen-Lippe gGmbH, und Stefan Nienhaus, Vorsitzender des DJH-Stadtverbandes Borken, freuen sich, dass nun auch wieder Leben eingekehrt ist. Ausgebildete Teamer betreuen die Kinder und es gibt verschiedene Teamerlebnisse, die man als Klassenfahrt buchen kann. Doch gibt es auch weiterhin Sorgen: Ein Nachfolgeprogramm für die Coronahilfe, Bildungszuschuss für finanzschwache Familien und die Fördermittelvergabe sind immer schwieriger zu organisieren. Dabei ist es besonders für einkommensschwache Familien hilfreich, einen preiswerten Urlaub zu ermöglichen. Ein Urlaub, der auch noch die Bildung aller fördert. Für mich ist klar: Auch diese Jugendherberge steht für meine Familie demnächst auf der „Da-muss-ich-noch-mal-hin“- Liste!



ZU BESUCH BEIM TRACK IN MÜNSTER

BERATUNGSANGEBOTE FÜR QUEERE MENSCHEN

Mit meinem Landtagskollegen und Queer-Beauftragten Frank Müller und Jan Bläs von der Münsteraner SPD-Fraktion war ich zu Gast im Track in Münster. Track, das ist seit 2011 ein Jugendzentrum für lesbische, schwule, bi-/pansexuelle, trans*, inter und andere queere Jugendliche und junge Erwachsene. Das Track möchte jungen Menschen einen Raum geben, in dem sie gemeinsam mit anderen Jugendlichen ihre Freizeit verbringen und/oder bei Bedarf Beratung in Anspruch nehmen können, ohne mit Diskriminierung oder Ausgrenzung rechnen zu müssen. Was mich besonders gefreut hat, war die große Resonanz auf unseren Besuch. Viele Jugendliche waren da, um mit uns über aktuelle Problemlagen und ihre Wünsche an die Politik zu sprechen. Jeder hat schon davon gehört, dass therapeutische Angebote knapp und Wartezeiten lang sind. Noch dramatischer stellt sich die Situation bei Trans-Menschen dar. Nur wenige Therapeut*innen haben entsprechende Fortbildungen oder trauen sich zu, hier beratend tätig zu werden. Auch im stationären Bereich gibt es häufig längere Wartezeiten, da eine geschlechtssensible Zuordnung zu einem 2-Bett-Zimmer oft schwer fällt. Dabei ist gerade hier der Bedarf besonders groß, da queere Menschen häufiger mit Vorurteilen, Diskriminierung und Hass konfrontiert sind. Die Wahrscheinlichkeit für Risikofaktoren, die Selbstmordgefährdung, begünstigen, ist erhöht. Dazu zählen z.B. die Diskriminierung durch Gleichaltrige, familiäre

Probleme und, wie oben beschrieben, Schwierigkeiten beim Zugang zu angemessener psychosozialer Versorgung. Aber auch die Sensibilisierung der Polizei und Justiz für queere Belange, die Finanzierung und der Ausbau von Beratungsstellen, Unisex-Toiletten und Hindernisse in der queeren Jugendarbeit waren Themen, über die wir gesprochen haben. Übrigens: Viele junge queere Menschen im Münsterland haben keine Chance einen LSBTI Jugendtreff zu besuchen. Weil es vor Ort keinen gibt und das Ticket nach Münster zu teuer oder die Verbindungen zu schlecht sind. Hier möchte das Track Abhilfe schaffen und das Ganze umdrehen: Sie kooperieren mit Jugendzentren im Münsterland und bieten einzelne queere Öffnungstage an. Eine, wie ich finde, wunderbare Idee, um mehr queere Jugendliche auch in ländlichen Gebieten zu erreichen.

Infobox:

Das Track ist nicht nur in Münster - es bietet auch immer wieder Beratungen in anderen Orten im Münsterland an! Wo? Das und weitere Infos findet Ihr über [https://www.track-ms.de/Startseite/.](https://www.track-ms.de/Startseite/)



SAVE THE DATE
12.04.23

LET'S TALK ABOUT...

DIGITALE SPRECHSTUNDE
MIT NADINE UND NINA

SPD

... deine Themen! Denn genau die interessieren uns. Was bewegt dich politisch, wo gibt es Schwierigkeiten im Alltag oder worüber wolltest du schon immer mal mit uns sprechen?

Gelegenheit dazu hast du am 12.04.2023 ab 18 Uhr in der gemeinsamen digitalen Sprechstunde mit der Bundestagsabgeordneten Nadine Heselhaus und mir.

Terminslots für ein Zoom-Gespräch kannst du ganz einfach telefonisch unter 02861 / 90 80 606 oder per Mail unter nadine.heselhaus.ma03@bundestag.de reservieren.

Wir freuen uns auf dich und deine Themen!